Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 240. Sonntag den 28. August 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Von heute ab beträgt bei der Reichsbank der Discont **5 Procent**, der Lombardzinsfuß **6 Procent**.

Berlin, den 26. August 1881.

Reichsbank-Directorium.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 31. August a. c., Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Gutachten des Oekonomie- bez. Bau- und Stiftungs-Ausschusses über a. den Parcellirungsplan für das dem Johannishospital gehörige Areal an der Albert-, Victoria- und Carola-Straße ꝛc. in Reudnitz; b. Abtretung eines an der neuen Verbindungsbahn gelegenen Arealstreifens an die Staatseisenbahn-Verwaltung; c. Anlage eines neuen Fußweges im Nonnenholze längs der Flathrinne; d. die vom Rathe abgelehnte Aufstellung von Ruhebänken an der Göthestraße.

II. Bericht des Oekonomie-Ausschusses über Kostenverwilligung der gemischten Oekonomie-Deputation für bauliche Herstellungen im Gute Cunnersdorf.

III. Gutachten des Bau- und Oekonomie- bez. Finanz-Ausschusses über a. den Verkauf eines Bauplatzes an der Ecke der Bismarck- und Plagwitzer Straße; b. die Ueberlassung des zur Errichtung des Martinsstifts an der Arndtstraße verwendeten Platzes an den Verein zum Martinsstift; c. den Verkauf eines an dem Wege von der Central- nach der Dorotheenstraße gelegenen Arealdreiecks; d. die Aus- bez. Einfurtung einiger Arealstreifen an der Leipzig-Connewitzer Grenze; e. den Bebauungsplan für das Areal der ehemaligen Leidenroth'schen Ziegelei an der Waldstraße; f. ein Abkommen mit Herrn Dr. Heine über Regulirung und Herstellung der Thomasiusstraße; g. die Positionen 164 und 177 in Conto 1, Abtheilung M. des Budgets.

Bekanntmachung.

Wegen des am Vorabend des Sedanfestes zu veranstaltenden Fackelzuges nach dem Napoleonstein wird die **Windmühlenstraße** und der **Windmühlenweg** am

Donnerstag, den 1. September d. J., in der Zeit von 8½ bis 10 Uhr Abends für den Fahrverkehr **gesperrt.**

Leipzig, den 26. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Herr Julius Theodor Lehmann beabsichtigt in seinem an der **Moritzstraße** unter **Nr. 16** gelegenen Grundstücke Nr. 2216 des Flurbuchs und Fol. 63 D des Grund- und Hypothekenbuches für die Stadt Leipzig eine Schlächterei für Kleinvieh zu errichten.

Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen.

Leipzig, am 24. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Uhlmann.

Bekanntmachung.

Wegen Vornahme von Pflasterungsarbeiten wird der **Petersteinweg** auf der Strecke zwischen dem **Königlichen Gerichtsgebäude** und dem sogenannten **römischen Hause** (Nr. 910 des Petersteinwegs) von

Montag, den 29. August d. J.

ab bis auf Weiteres für den **Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 26. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Königliche Akademie der bildenden Künste und Kunstgewerbeschule zu Leipzig.

Die Studien im Winterhalbjahre 1881/82 beginnen
Montag, den 3. October a. c.,
die Tagescurse früh 8 Uhr,
die Abendcurse um 5 Uhr.

Anmeldungen zur Aufnahme sind in der Zeit vom **15. bis 30. September** in der Expedition, westl. Flügel der **Pleißenburg II. Etage**, Nachm. zwischen **4 und 5 Uhr** zu bewirken.

Leipzig, am 24. August 1881.

Der Director:
Nieper.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 28. August.

Heinrich v. Treitschke hat bekanntlich seinen Freunden im Kreuznacher Wahlkreise dieser Tage eine Rechtfertigung seines Austritts aus der nationalliberalen Partei gegeben. „Es sind darin — so schreibt die „Nat.-Lib. Corresp."— verschiedene Vorwürfe gegen die letztere enthalten, die wir nicht unwiderlegt lassen mögen. Zunächst ist es ein Irrthum des Herrn von Treitschke, daß „der Bruch zwischen dem Reichskanzler und den Nationalliberalen" mit der Verwerfung des ersten Socialistengesetzes begonnen habe. Wäre dem so gewesen, so hätte mit der Annahme des zweiten Socialistengesetzes Alles wieder ausgeglichen sein müssen. Thatsächlich war eben der „Bruch" schon erheblich früher eingetreten, lange vor dem ersten Attentat war das berühmte Wort von dem „an die Wand drücken" gefallen; der Beginn der Spannung rührt von dem Zeitpuncte des Scheiterns der nationalliberalen Ministercombination im Anfang des Jahres 1878 her. — Es ist ferner ein Irrthum des Herrn von Treitschke, wenn er behauptet, die nationalliberale Fraction habe den Zolltarif verworfen und doch nicht anzugeben gewußt, durch welche anderen Mittel das Reich seinen Geldbedarf decken solle. Die nationalliberale Fraction hatte sich seit langen Jahren bereit erklärt, die Mittel zur finanziellen Selbständigmachung des Reichs zu bewilligen, sie war mit dem Reichskanzler einig in der Absicht, dies Ziel auf dem Wege geeigneter Finanzzölle zu erreichen. Aber sie vermochte nicht zu begreifen, warum diese Finanzzölle untrennbar verknüpft sein müßten mit einem in unerhörter Eilfertigkeit zusammengestellten System neuer Schutzzölle, warum nicht gleichzeitig mit ihrer Annahme Garantien für ein ungeschmälertes Budgetrecht des Reichstags geschaffen werden könnten, warum die neuen Einnahmen, statt zur finanziellen Selbständigmachung des Reichs, vielmehr (auf dem Wege des Antrags Frankenstein) zur Vereinigung der Matricularbeiträge, statt zur Stärkung der nationalen Entwickelung vielmehr zu einem Triumphe der particularistischen Bestrebungen führen mußten. Aus diesen Gründen hat die nationalliberale Partei den Zolltarif abgelehnt, und Jedermann kann danach ermessen, wie wenig sowohl dem einen Vorwurf, die nationalliberale Fraction habe die Mittel zur Bestreitung der Reichsbedürfnisse nicht anzugeben gewußt als dem anderen von der „Gleichgültigkeit" der Fraction „gegen die nationalen Pflichten des deutschen Reichstags" eine Berechtigung innewohnt. — Es ist endlich nochmals ein Irrthum des Herrn v. Treitschke, wenn er, zur weiteren Bekräftigung des letzteren Vorwurfs, die nationalliberale Fraction beschuldigt, sich der vom Reichskanzler erstrebten Vollendung der „verfassungsmäßigen Einheit des deutschen Zollgebietes" widersetzt zu haben. Um dies Ziel der Bismarck'schen Politik hat es sich in den bisherigen Reichstagsdebatten über die sogenannte Hamburger Frage gar nicht gehandelt, sondern lediglich um die Methode. Diese Methode hat die nationalliberale Fraction weder als mit dem Buchstaben noch als mit dem Geiste der Reichsverfassung in Einklang stehend zu erkennen vermocht und darum, nur darum hat sie derselben nicht ihre Unterstützung geliehen. Eine vollständig andere Frage ist, wie sie sich zu der materiellen Seite der Anschlußfrage stellen wird, nachdem die formalrechtliche Seite durch den Vertrag mit Hamburg nunmehr erledigt ist. — In welchem logischen Zusammenhang schließlich in dem Schreiben des Herrn v. Treitschke die Polemik gegen den Ruf „Fort mit Bismarck" mit der Kritik des Verhaltens der Nationalliberalen steht, ist uns schlechterdings unerfindlich."

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" kehrt sich mit größter Entschiedenheit gegen die Versuche der Berliner Fortschrittspresse, dem deutschen Volke die Feier des Sedanfestes zu verkümmern. Das genannte Blatt schreibt:

Das deutsche Volk war sehr bald darüber einig, an welchen Tag es seine nationalen Erinnerungen anzuknüpfen habe, dessen immer wiederkehrende Feier den kommenden Geschlechtern Gelegenheit geben wird, sich mit Stolz und Dank an die Großthaten und Opfer ihrer Väter zu erinnern und in der Hingebung derselben an das Vaterland eine stets neue Aufmunterung und patriotische Belebung zu entnehmen.

Und doch werden bereits Versuche gemacht, in den nationalen Schatz großer patriotischer Erinnerungen Eindruch zu verüben.

Nicht direct. Man will dem Volke sein Sedanfest nicht ohne Weiteres verbieten; aber in der Fortschrittspresse wird bereits dahin plaidirt, die Jahresfeier in eine Decennialfeier zu verwandeln, als wäre — um mit dem Dichter zu reden — der Patriotismus „eine Heringswaare, die man einpökelt auf viele Jahre".

Wir begegnen jedenfalls nicht zum ersten Male dem Versuche der Fortschrittspartei, das Volk in der Pflege seiner patriotischen Erinnerungen zu stören. Wir erinnern an 1863 und die Versuche, welche gemacht wurden, um den Eindruck der 50jährigen Jubelfeier und des königlichen Erlasses vom 17. März „Zum Gedächtniß Friedrich Wilhelm's III. und des Freiheitskrieges" nach Möglichkeit abzuschwächen.

Wir verstehen auch vollkommen, warum jetzt wieder die Fortschrittspartei die Erinnerungen an 1870/71 zurückdrängen möchte; denn im Interesse der Fortschrittspartei ist es nicht, wenn die deutsche Nation jetzt gerade, inmitten des Wahlkampfes, daran erinnert wird, zu wie großem Dank sie ihrem Kaiser, der Armee und dem Fürsten Bismarck verpflichtet ist. In dem Augenblicke, in welchem der fortschrittliche Liberalismus die Wiedergeburt Deutschlands zu seinen Großthaten zählt, möchte er nicht gern, daß die Nation an Sedan erinnert wird.

Aber das deutsche Volk wird sich seine Erinnerungen nicht nehmen lassen und es wird an denselben sein Urtheil über die Bestrebungen der Gegenwart schärfen.

In Berlin tagt gegenwärtig die orthodoxe evangelisch-lutherische (sog. „Augusti-") Conferenz innerhalb der preußischen Landeskirche; dieselbe hat einstimmig folgende Resolution in Betreff der Judenfrage angenommen: „Die Conferenz erachtet die sich in weitem Umfange geltend machende antijüdische Bewegung für den Ausdruck der in unserem Volke zum Durchbruche kommenden Erkenntniß des auf ihm von Seiten der jüdischen Bevölkerung vielfach lastenden Druckes und der Zersetzung, mit welcher unser Staats- und Volksleben durch den gegenwärtigen Einfluß der Juden auf dasselbe bedroht ist. Sie beklagt aufs Tiefste die Rohheiten und Gewaltsamkeiten, zu welchen Dies hie und da geführt hat; sie ist aber noch schmerzlicher bewegt durch die schwere Verschuldung des eigenen christlich-deutschen Volkes, welche solche Stellung der Juden in ihm ermöglicht hat. Sie ruft dasselbe auf, einerseits eingedenk zu bleiben, daß uns das Heil von den Juden gekommen ist, und daß ihm die heilige Pflicht obliegt, an ihrer Bekehrung mit aller Treue zu arbeiten, aber ebenso eingedenk zu sein der großen Verantwortung, die Gaben und Gnaden, welche Gott ihm vom Natur und dann durch das Christenthum hat zu Theil werden lassen, zu bewahren und zu pflegen, ein Staats- und Volksleben darzustellen, durch welches die Juden für das Christenthum gewonnen werden, ihnen allen Schutz und bürgerliche Freiheit zu gewähren, sich selbst und ihnen aber die unschätzbaren Güter der christlichen Ehe, der christlichen Schule, der christlichen Obrigkeit zu erhalten, beziehungsweise wieder zu erwerben." Die „Kreuzzeitung" bemerkt triumphirend dazu: „Wir freuen uns der Annahme dieses Beschlusses. Er entspricht durchaus dem Standpunct, den auch unsere Zeitung fort und fort in dieser Angelegenheit vertreten hat."

Die Geschichte des „Culturkampfs" in Preußen hat ihre erste actenmäßige Darstellung gefunden. Der durch seine Bücher über den Fürsten Bismarck bekannt gewordene Geheimrath Ludwig Hahn, der eigentliche Leiter der amtlichen „Provinzialcorrespondenz", hat es für angemessen erachtet, zur richtigen Erkenntniß der Anfänge und der Ursachen des „geistlichen Kampfes, in dem wir noch stehen," das ihm in reichem Maße zugängliche Material zu sammeln. In der Vorrede glaubt der Verfasser in Anbetracht seiner Stellung zum Staatsministerium hervorheben zu müssen, daß die Anregung und Ausführung seiner Aufgabe ohne jeden Zusammenhang mit der Regierung, daher auch ohne jede Verantwortlichkeit von ihrer Seite entstanden sei. Nicht uninteressant ist der Schluß der Uebersicht, die mit der Vorrede dem sehr sorgfältig gesammelten Actenmaterial vorauf geschickt worden ist. Es heißt in derselben wörtlich: „Es ist des Verfassers und gewiß aller Patrioten sehnlicher Wunsch, daß es dem ernsten Streben unserer Regierung bald gelingen möge, einen vollen und dauernden Frieden herbeizuführen. Die Aufgaben, welche der Staat und die Kirche nach ihrer beiderseitigen Bestimmung zu erfüllen haben, berühren sich so mannigfach, daß der eine nicht in seiner Thatkraft gehemmt werden kann, ohne Beeinträchtigung des andern. Jetzt aber haben beide in den socialen Angelegenheiten nach dem Zeugniß des Papstes, wie nach der Ueberzeugung unser hervorragendsten Staatsmänner, so schwierige und zugleich so unaufschiebbare Aufgaben zu erfüllen, daß um so mehr die Einigkeit aufrichtig erstrebt werden muß." Das Buch schließt mit der Erwähnung des Uebertritts des Ministers von Puttkamer ins Ministerium des Innern und der Ernennung des Herrn von Goßler zum Cultusminister. Nach Herrn Hahn wäre also der 17. Juni v. J. auch äußerlich als endgültiger Abschluß des Culturkampfes zu betrachten.

Die sich anbahnende Differenz zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Herrn von Keudell mag ihren tieferen Grund in politischen Gegensätzen, ihren äußeren Anlaß in der veränderten Gestaltung der kirchenpolitischen Verhältnisse haben. Ohne Zweifel kommt aber auch den Fragen nach der Stellung Deutschlands zu den italienischen Annäherungsversuchen an das mitteleuropäische Bündniß ein gewichtiger Antheil an der vorhandenen Spannung zu. Wir wissen aus guter Quelle, daß Herr v. Keudell vor seiner kürzlichen sicilianischen Reise Anlaß genommen, einem der Minister des jetzigen italienischen Cabinets seine Ueberzeugung auszudrücken, wie sehr der Kaiser von Oesterreich die geeignetste Persönlichkeit sei, die Vermittlerrolle zwischen Italien und Deutschland zu übernehmen. Nun ist es merkwürdig genug, daß gerade in der officiösen deutschen Presse der Gedanke des Eintritts von Italien in das Bündniß der europäischen Großmächte stets mit einer Kühle behandelt worden ist, die gerade nicht darauf schließen ließ, daß Fürst Bismarck ein begeisterter Freund jener Idee sei. Der Gedanke liegt nahe, daß zwischen dem Kanzler und dem deutschen Botschafter in Rom ein nicht unerheblicher Gegensatz in der Abschätzung des Werths der italienischen Freundschaft vorhanden ist. Und wenn auch die Annahme ausgeschlossen erscheint, daß der letztere irgend wie seine Vollmacht überschritten habe, so mag er immerhin im Quirinal Hoffnungen erweckt haben, zu deren Erfüllung Fürst Bismarck die Zeit doch noch nicht für gekommen erachtet.

Gambetta's Leiborgan, die „République Française", bringt einen Leitartikel, unter welchen Bedingungen der „Sieger" von Belleville die Präsidentschaft des Ministeriums annehmen würde. Es ist kaum glaublich, daß Grevy solche Bedingungen annimmt. Trotzdem wird in Paris mit Bestimmtheit von dem neuen Ministerium Gambetta-Ferry-Say-Freycinet — Letzterer als Kriegsminister — gesprochen. Jedenfalls steht allem Anscheine nach eine Ministerkrisis unmittelbar bevor. Während Barthelemy-Saint-Hilaire diese Möglichkeit einer Neubildung des Cabinets bereits angekündigt hat, sind zwischen dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Jules Ferry und Gambetta, wie vor einiger Zeit verlautet, Vereinbarungen über die „Theilung der Beute" getroffen worden. Die letzte Rede Jules Ferry's, in welcher sich derselbe auf den Boden des vom Kammer-Präsidenten entwickelten Revisionsprogramms stellte, zeigte in der That, daß eine Annäherung zwischen den beiden „Präsidenten" erfolgt ist. Dieser Separatfrieden wurde allerdings über den Kopf Jules Grevy's hinweg geschlossen, dessen Organ „La Paix" zu derselben Zeit noch die Reformpläne Gambetta's bezüglich des Senates bekämpfte, als Jules Ferry sich bereits „unterworfen" hatte. Damals wurde hervorgehoben, daß der Ministerpräsident sich das Amt des Unterrichtes in dem zu bildenden Cabinet Gambetta gesichert habe. In der nunmehr telegraphisch übermittelten Verbindung tritt denn auch Jules Ferry als Unterrichtsminister auf, während Gambetta das Präsidium ohne Portefeuille übernehmen soll. Es ist aber bezeichnend, daß der Letztere, der sich bisher von jeder verantwortlichen Stellung frei hielt, auch in dem geplanten „Zukunftsministerium" auf die Leitung eines bestimmten Ressortministeriums Verzicht leisten will. Andernfalls würde sich allerdings sehr bald zeigen, wie wenig der bisherige Kammerpräsident trotz aller „mots sonores", trotz all seiner vollklingenden Phrasen, wirklich schöpferischer Ideen fähig ist. — Zur Lage wird der „Nat.-Ztg." aus Paris telegraphirt: „Daß Gambetta Ministerpräsident werden will, gilt nunmehr als ausgemacht. Dagegen wird jetzt die Frage aufgeworfen, ob Grevy geneigt ist, Gambetta die Neubildung des Cabinets zu übertragen, ohne dazu durch die Stimmenabgabe der Kammer durchaus gezwungen zu sein. Diese Frage wird aber vielfach verneint. Der Brief Gambetta's an seine Wähler in Belleville, worin derselbe seinen Entschluß ankündigt, seine Candidatur bei der Stichwahl im zweiten Wahlkreise von Belleville zurückzuziehen, wird als ein neuer Beweis dafür angesehen, daß er die Nothwendigkeit erkennt, mit den Radicalen vollständig zu brechen. Letztere werden in dem Briefe Gambetta's als „Demagogen" bezeichnet." — Sicher scheint nur, daß der Präsident der Republik sich aufs Abwarten legt. Grevy kehrt zwei Tage nach den Stichwahlen, also am 6. September, auf kurze Zeit vom Lande nach Paris zurück, um einem Ministerrath zu präsidiren, welcher über die Einberufung der neuen Kammer entscheiden soll. — Wie weiter aus Paris gemeldet wird, ist man in berufenen Kreisen, selbst in der Umgebung Gambetta's und Farre's, aufs Aeußerste gegen die israelitische Bevölkerung Algeriens aufgebracht, die zum großen Theil die Schuld an der Erbitterung der Araber tragen soll. Die nächste Kammer wird zu entscheiden haben, ob das Decret Cremieux' von 1870, welches die dortigen Juden gänzlich emancipirt, abzuändern sei oder nicht.

Die freie Schweiz ist und bleibt nun einmal der Sammelplatz aller revolutionären Hetzer. Nach Berichten der „N. Zür. Ztg." haben die Schweizer und auswärtigen Socialisten in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wieder auf Schloß Wyden getagt. Was beschlossen wurde, ist noch nicht bekannt geworden. Die Eintreffenden vermieden jedes Aufsehen und kamen zu verschiedener Zeit von verschiedenen Gegenden, speisten auch nicht gemeinschaftlich. — Inzwischen hat sich der Schweizer Bundesrath so weit ermannt, einen Hauptanarchisten und Prediger des Königsmordes, den Fürsten Krapotkin, aus der Schweiz auszuweisen. Die Begründung dieser Maßregel ist von hohem Interesse:

Der schweizerische Bundesrath, nach Einsicht des Art. 70 der Bundesverfassung, lautend:

„Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen";

in Betracht, daß der Fürst Peter Krapotkin als politischer Flüchtling, nachdem er sich aus Rußland geflüchtet, zuerst unter dem falschen Namen Lewaschoff in die Schweiz gekommen ist;

daß die Regierung von Genf ihn auf ihrem Gebiete einfach geduldet und selbst einen Ausweisungsbeschluß gegen ihn wegen Mangels an Ausweisschriften und Gebrauches eines falschen Namens gefaßt hat;

daß Krapotkin unbestrittenermaßen seit 1879 der Hauptredacteur und die Hauptstütze des „Révolté", eines anarchistischen Organs und Nachfolgers des Blattes „L'Avantgarde", gewesen ist, gegen welches letztere im December 1878 Maßnahmen ergriffen werden mußten und dessen Redacteur Brousse vor den eidgenössischen Assisen wegen Vergehens gegen das Völkerrecht verurtheilt und in der Folge aus der Schweiz ausgewiesen worden ist;

daß Krapotkin unter dem Namen Lewaschoff, sodann auch unter seinem wahren Namen in öffentlichen Reden, die er in La Chaux-de-fonds, Lausanne, Vevis und Genf hielt, die Arbeiter aufgestiftet hat, mit Gewalt sich des Eigenthums zu bemächtigen und die bestehende Ordnung umzustürzen, welche Reden er in der Folge in seinem Blatte „La Révolté" veröffentlicht hat (Nummern vom 18. October, 1. November und 27. December 1879 und vom 17. October 1880);

daß er am 18. März 1881 anläßlich des Jahrestages der Pariser Commune in einer öffentlichen Versammlung in der Brasserie Schieß in Genf eine Rede zur Verherrlichung der Ermordung des Zaren Alexander II. gehalten hat;

daß er der Hauptanstifter einer am 21. April in Genf angeschlagenen Proclamation gewesen ist, welche gegen die Hinrichtung der Mörder des Zaren protestirte, und daß diese letzteren beiden Thatsachen in evidenter Weise bei der vom Bundesrathe anbefohlenen gerichtlichen Untersuchung festgestellt worden sind, trotzdem Krapotkin sich weigerte, auf die vom Staatsanwalte des Cantons Genf an ihn gestellten Fragen zu antworten;

daß er im Juli dieses Jahres als Abgeordneter des „Révolté" an einem anarchistisch-revolutionären Congreß in London theilgenommen und, seinem eigenen Organe zufolge, dabei Reden gehalten und zur Fassung von Schlußnahmen beigetragen hat, deren eingestandener Zweck die Organisation des Meuchelmords und der Umsturz aller bestehenden Behörden ist, unter Anwendung „der chemischen und physischen Mittel, welche der revolutionären Sache bereits so viele Dienste geleistet haben und zum Schutze wie zum Angriffe noch größere zu leisten berufen sind" („Révolté" vom 23. Juli 1881);

daß, obwohl diese letztern Vorkommnisse auf auswärtigem Gebiete stattgefunden, dieselben doch von einem politischen Flüchtlinge ausgegangen sind, der in Genf Domicil behalten, unstreitig dorthin zurückzukommen gedenkt und wo er ein Blatt, das seine Theorien wiedergiebt, herauszugeben fortfährt;

daß alle Mittheilungen übrigens darin einig gehen, ihn als einen rührigen und einflußreichen Agenten der Propaganda darzustellen, welche die Anarchie zum Zweck und den Meuchelmord zum Mittel nimmt. (Man liest unter Anderem in der Nummer des „Révolté" vom 25. December 1880 in einem Leitartikel, betitelt „Die Action": „Unsere Action muß sein: Permanente Empörung, durch Wort, Schrift und Dolch, Gewehr, Dynamit, sogar bisweilen durch den Wahlzettel, wenn es sich darum handelt, für die nicht wählbaren Blanqui oder Trinquet zu stimmen. Wir sind conseqvent und bedienen uns jeder Waffe, sobald es sich um einen Schlag der Revoltirten handelt. Alles ist für uns gut, das nicht Gesetzlichkeit ist".)

daß die Bundesbehörde ein solches Treiben nicht dulden kann, welches, wenn es ihm auch nicht gelungen ist, die innere Ruhe zu stören, doch geeignet ist, wenn ihm nicht ein Ende gemacht würde, unsere guten Beziehungen zu anderen Staaten zu gefährden:

beschließt:

Es wird dem Fürsten Peter Krapotkin, der sich auch Lewaschoff nennt, der Aufenthalt auf Schweizergebiet untersagt.

Die vor Kurzem stattgefundene Reise der Königin Victoria nach Schottland ist mit ganz ungewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln umgeben worden. Nach allen Seiten hin waren die eingehendsten Befehle an die Eisenbahnbeamten erlassen, um die Person der Königin vor jedem Unfalle zu sichern. Der Zug, dem eine sogen. „Pilot"-Locomotive voranfuhr, war mit allen Vorrichtungen zum Bremsen und mit einem elektrischen Apparate versehen. Auf dem Tender war eine Wache aufgestellt, die auf den Zug zurückblicken mußte, um jedes aus dem Wagen kommende Signal dem Locomotivführer sogleich zu melden. Irgend einen tollen Streich von Seiten der Irländer hält man also nicht für ganz unmöglich, wenn man auch eher glauben muß, daß sie mehr schrecken, als wirklich Unglück anrichten wollen. Die drohenden Resolutionen der Dynamitconvention haben einen Beigeschmack von der unvermeidlichen irischen Aufschneiderei und man nimmt wohl die Drohungen nicht sehr ernst, aber ein einziger Anschlag würde doch hinreichen, um großen Schrecken und dauerndes Mißtrauen hervorzurufen. — Die Königin begab sich nach Edinburg, wo sie einer Parade der schottischen Freiwilligen beiwohnte. Bei dieser Gelegenheit sollte Schottland zeigen, was es, wenn das Vaterland in Gefahr kommen sollte, zu leisten vermag. Obwohl Schottland kein Sechstel der Einwohnerzahl von England und Wales hat, stellte es mehr als die Hälfte der Zahl von Freiwilligen zur Parade, die in Windsor, aus England gekommen, vor der Königin vorbei defilirten. Das Volontärwesen hat in Schottland tiefe Wurzeln geschlagen. „Daily News" stellt einige Betrachtungen darüber an, woher Dies kommen möge. Ein Grund ist originell, mag aber wohl richtig sein. Die strenge Kirchlichkeit hat fast jede Art von Belustigung unterdrückt und so sucht der Schotte im Exerciren eine Zerstreuung und Erholung.

Die sagenhaft gewordene serbische Königsfrage taucht aufs Neue auf und zwar vorläufig in ziemlich geheimnißvoller Form, wie sie zum Charakter dieser Coulissengeschichte höheren Ranges paßt. Man erfährt, daß neuerdings seitens des Petersburger Cabinets am deutschen Kaiserhofe Anfragen stattgefunden haben, wie sich die Berliner leitenden Kreise zu jener Frage verhalten würden, wenn sie ernstlich gestellt werde. Der Zweck dieses Fühlers, der thatsächlich ausgestreckt worden, hüllt sich einstweilen in Dunkel. Wie behauptet, war es gerade die russische Regierung, an welcher die Königsträume des Fürsten Milan wie Seifenblasen zerplatzten, während er in Berlin und Wien auf seiner Candidaten-